

KEVIN GRIMMEIß

Sezession und Reaktion

Jus Internationale et Europaeum

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von
Thilo Marauhn und Christian Walter

145



Kevin Grimmeiß

Sezession und Reaktion

Zur völkerrechtlichen Regelung
des Sezessionsvorgangs

Mohr Siebeck

Kevin Grimmeiß, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung an der Universität Bayreuth; Rechtsreferendariat in Bamberg mit Station am Special Tribunal for Lebanon in Den Haag; Promotionsstudium an der Universität Würzburg; seit 2016 Rechtsanwalt in Düsseldorf.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-16-156230-3 / eISBN 978-3-16-156231-0

DOI 10.1628/978-3-16-156231-0

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Stempel Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Mitunter treibt Doktoranden die Sorge um, das eigene Thema könnte während der Anfertigung der Dissertation an Aktualität verlieren, uninteressant oder gar irrelevant werden. Für die vorliegende Arbeit zur völkerrechtlichen Zulässigkeit von Sezessionsvorgängen war solche Sorge glücklicherweise unbegründet. Das zeigt etwa der Sezessionskonflikt um Katalonien, der während der Begutachtung dieser Arbeit erneut eskalierte, aber auch der Blick auf Schottland, wo angesichts des Brexit gegenwärtig ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum diskutiert wird.

Die vorliegende Arbeit ist im Rahmen meiner Promotion zum Dr. iur. utr. an der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg entstanden und im Wintersemester 2017/2018 als Dissertation angenommen worden. Für die Drucklegung habe ich sie geringfügig aktualisiert und überarbeitet.

Herzlich danke ich meiner Doktormutter, Frau Professorin Dr. Stefanie Schmahl, LL.M., für ihre freundliche Betreuung und ihre wertvollen Anregungen und Hinweise. Frau Professorin Dr. Isabel Feichtner, LL.M. sage ich Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Professor Dr. Thilo Marauhn und Herrn Professor Dr. Christian Walter gebührt Dank für die Aufnahme der Arbeit in ihre Schriftenreihe.

Teile der Arbeit habe ich während eines Forschungsaufenthalts in Den Haag abgefasst. Für ihre Hilfe dort danke ich Herrn Niels van Tol von der Bibliothek des Friedenspalastes und meiner ehemaligen Kollegin am Special Tribunal for Lebanon, Frau Aurélie Mercier.

Ausgesprochen dankbar bin ich – last but not least – meinen Eltern. Gerade ihre Unterstützung hat es möglich gemacht, die Arbeit innerhalb eines Zeitraums abzufassen, in dem das Thema Sezession nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.

Düsseldorf, im Mai 2018

Kevin Grimmeiß

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XI
A. Einleitung: Sezession – ein blinder Fleck des Völkerrechts?	1
B. Begriff der Sezession	5
I. Definition der Sezession	6
1. Verlust der territorialen Souveränität in einem Teilgebiet	7
2. Entscheidung durch den Sezessionisten	11
3. Fortbestand des Altstaats	18
II. Abgrenzung der Sezession von verwandten Begriffen	24
1. Sezessionsversuch	24
2. Staatenkontinuität	28
3. Entkolonisierung	30
4. Separation	37
5. Annexion	39
C. Rechtmäßigkeit von Sezessionsvorgängen	43
I. Bedeutung der Rechtmäßigkeit im Völkerrecht der Staatsentstehung	44
1. Widerstreit effektivitäts- und rechtmäßigkeitsbezogener Theorien	45
a) Meinungsvielfalt in der Völkerrechtslehre	45
b) Fehlen einer eindeutigen Staatenpraxis	47
2. Durchsetzung der effektivitätsbezogenen Sichtweise	49
a) Staatenpraxis nach der Abspaltung der spanischen Kolonien in Amerika	49
b) Auswirkungen auf die Staatsdefinition	51
3. Ausbildung einer abweichenden, rechtmäßigkeitsbezogenen Staatenpraxis	51
4. Auswirkungen auf die Kategorisierung von Sezessionsvorgängen	59

a)	Völkergewohnheitsrechtliche Verfestigung dieser Staatenpraxis	60
b)	Anwendbarkeit dieser Regelungen auf den Sezessionsvorgang	65
aa)	Territoriale Integrität	66
bb)	Gewaltverbot	67
cc)	Verbot der Rassendiskriminierung	71
dd)	Selbstbestimmungsrecht der Völker	73
II.	Rechtmäßigkeit als Unterscheidungsmerkmal von Sezessionsvorgängen	76
1.	Verbotener Sezessionsvorgang	77
2.	Erlaubter Sezessionsvorgang	81
3.	Unverbotener Sezessionsvorgang	85
III.	Verhältnis verwandter Konzepte zu dieser Kategorisierung	85
1.	Remedial Secession	85
2.	Erfordernis eines geordneten Sezessionsprozesses	91
D.	Rechtmäßigkeit üblicher Reaktionen auf Sezessionsvorgänge	93
I.	Reaktionsmöglichkeiten des Altstaats	94
1.	Gegen den Sezessionsvorgang gerichtete Reaktionen	94
a)	Gewalteininsatz gegen den Sezessionsvorgang	94
b)	Propaganda gegen den Sezessionsvorgang	99
c)	Weitere nicht-gewalttätige Reaktionen	100
aa)	Strafverfolgung von Sezessionisten	103
bb)	Bestreiten der Sezession	106
cc)	Wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Sezessionisten	109
dd)	Förderung oder Tolerierung subversiver Handlungen Privater	112
2.	Anerkennung des Sezessionisten als Staat	114
II.	Reaktionsmöglichkeiten dritter Staaten	116
1.	Gegen den Sezessionsvorgang gerichtete Reaktionen	117
a)	Gewalteininsatz gegen den Sezessionsvorgang	117
b)	Gewährung von Unterstützung für den Altstaat	121
c)	Wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Sezessionisten	123
2.	Den Sezessionsvorgang unterstützende Reaktionen	124
a)	Gewalteininsatz zugunsten des Sezessionisten	124
b)	Anerkennung des Sezessionisten als Staat	127
c)	Gewährung von Unterstützung für den Sezessionisten	130
d)	Wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Altstaat	132

E. Sezessionsvorgang, Staatsgründung und das Völkerrecht	133
I. Völkerrechtliche Regelung des Sezessionsvorgangs	133
1. Verbotener Sezessionsvorgang	133
2. Unverbotener Sezessionsvorgang	134
3. Erlaubter Sezessionsvorgang	135
II. Bisherige Ansätze zur Deutung dieser Regelungen	136
1. Deutung als neue Kriterien der Staatlichkeit	137
2. Interpretation als Erfordernis einer verfahrensfehlerfreien Staatsentstehung	138
3. Rückführung auf die Regel, dass <i>ius cogens</i> -Verstöße zur Nichtigkeit führen	140
4. Betonung der Anerkennung als entscheidendem Akt	140
III. Deutung als Verrechtlichung des Erwerbs und Verlusts von Staatsgebiet	142
1. Verrechtlichung des Erwerbs und Verlusts von Staatsgebiet . .	143
2. Zusammenhang zwischen Sezession und Staatsgründung . . .	144
a) Verbotener Sezessionsvorgang	145
b) Unverbotener Sezessionsvorgang	145
c) Erlaubter Sezessionsvorgang	146
3. Parallelen zum Zivilrecht	150
a) Vermögensübergang auf eine rechtsfähige Stiftung	150
b) Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	152
c) Ersitzung	153
d) Anwartschaftsrecht	154
IV. Mögliche Fortentwicklung des Rechts der territorialen Souveränität	155
1. Allgemeine Entwicklungstendenzen des Völkerrechts	155
2. Untersuchung aktueller Beispiele	157
a) Geschehnisse im Kosovo 2008	157
aa) Vorliegen eines Sezessionsversuchs	159
bb) Einordnung des Sezessionsversuchs in die völkergewohnheitsrechtlichen Kategorien	159
cc) Eintritt des Sezessionserfolgs	164
dd) Vergleich der Reaktion der übrigen Staaten mit den geltenden völkerrechtlichen Vorgaben	165
b) Schottisches Unabhängigkeitsreferendum 2014	166
aa) Vorliegen eines Sezessionsversuchs	167
bb) Verhalten der übrigen Staaten	168
cc) Vergleich dieser Reaktionen mit den geltenden völkerrechtlichen Vorgaben	168
c) Ereignisse auf der Krim 2014	168

aa) Vorliegen eines Sezessionsversuchs	170
bb) Verhalten der übrigen Staaten	175
cc) Vergleich dieser Reaktionen mit den geltenden völkerrechtlichen Vorgaben	175
3. Deutung der Beispiele im Hinblick auf eine mögliche Fortentwicklung des Völkerrechts	176
F. Schluss: Sezession – ein völkerrechtlich geregeltes Phänomen	179
Literaturverzeichnis	181
Stichwortverzeichnis	203

Abkürzungsverzeichnis

ACHPR	African Commission on Human and the Peoples' Rights
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AHRLR	African Human Rights Law Reports
AJIL	American Journal of International Law
ALF	Amsterdam Law Forum
ALNVA	Aktas dėl Lietuvos nepriklausomos valstybės atstatymo (Gesetz über die Wiederrichtung des Staates Litauen)
ANNSICL	Annual Survey of International and Comparative Law
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AU	Afrikanische Union
AVR	Archiv des Völkerrechts
BDGV	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
CJICL	Cambridge Journal of International and Comparative Law
CJIL	Chinese Journal of International Law
CJPS	Canadian Journal of Political Science
CLMJTL	Columbia Journal of Transnational Law
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
CTJIL	Conneticut Journal of International Law
CWRJIL	Case Western Reserve Journal of International Law
CYIL	Canadian Yearbook of International Law
Doc.	Document
DUKEJICL	Duke Journal of Comparative and International Law
ECHR	European Court of Human Rights Reports of Judgments and Decisions
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJIL	European Journal of International Law
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDMILJ	Fordham International Law Journal
FW	Die Friedens-Warte
GAOR	General Assembly Official Records

GG	Grundgesetz
GK III	Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen
GYIL	German Yearbook of International Law
HC	Hansard – Parliamentary Debates – House of Commons
HILJ	Harvard International Law Journal
ICJ Reports	International Court of Justice Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGH-Statut	Statut des Internationalen Gerichtshofs
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILSAJICL	ILSA Journal of International and Comparative Law
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
JDI	Journal du droit international (Clunet)
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JORF	Journal officiel de la République française
KFOR	Kosovo Force
LJIL	Leiden Journal of International Law
LNOJ	League of Nations Official Journal
LNTS	League of Nations Treaty Series
LYLAICLR	Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Review
Mètis	Mètis. Anthropologie des mondes grecs anciens
MPYUNL	Max Planck Yearbook of United Nations Law
MULR	Melbourne University Law Review
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NJIL	Nordic Journal of International Law
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NYUJILP	New York University Journal of International Law and Politics
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAU	Organization of African Unity
OER	Osteuropa-Recht
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PLO	Palestine Liberation Organization
QIL	Questions of International Law
RBDI	Revue belge de droit international
RdC	Recueil des cours, Collected Courses of the Hague Academy of International Law
RDI	Revue de droit international, de sciences diplomatiques et politiques
RFSP	Revue française de science politique
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGDIP	Revue générale de droit international public
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
Riv. Dir. Int.	Rivista di Diritto Internazionale

S. I.	Statutory Instruments
S.C.R.	Supreme Court Reports
SCC	Supreme Court of Canada
SCOR	Security Council Official Records
SKOTS	Sakartvelos k'anoni ok'up'irebuli t'erit'oriebis shesakheb (Gesetz von Georgien über besetzte Gebiete)
SNP	Scottish National Party
Spec. Suppl.	Special Supplement
TICLJ	Temple International and Comparative Law Journal
UÇK	Befreiungsarmee des Kosovo
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UKHL	United Kingdom House of Lords
UN	Vereinte Nationen
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
UNCIO	United Nations Conference on International Organization
UNHCHR	Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
UNJL	United Nations Juridical Yearbook
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNTS	United Nations Treaty Series
USNINTLLS	International Law Studies
Valstybės žinios	Lietuvos Aukščiausiosios Tarybos ir Vyriausybės žinios (Gesetzblatt des Obersten Sowjets und der Regierung von Litauen)
VJIL	Virginia Journal of International Law
VNJTL	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
VVR	Vidomosti Verchovnoï Rady (Gesetzblatt der Obersten Rada)
VVS-SSSR	Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR (Gesetzblatt des Obersten Sowjets der UdSSR)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WÜSS	Wiener Übereinkommen über die Staatennachfolge in Staatsvermögen, -archive und -schulden
WÜSV	Wiener Übereinkommen über die Staatennachfolge in Verträge
WÜV	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YBILC	Yearbook of the International Law Commission
YJIL	Yale Journal of International Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZP I	Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUZP	Zakon Ukraïny pro zabezpečennja prav i svobod gromadjan ta pravovyj rešim na tymčasovo okupovnij teritorii Ukraïny (Gesetz der Ukraine über den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger und die Rechtsordnung des vorübergehend besetzten Gebiets der Ukraine)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

ZVSR

Zakon o porjadke rešenija voprosov, svjazannyh s vychodom sojuznoj respubliki iz SSSR (Gesetz über das Verfahren zur Entscheidung von Fragen, die mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR verbunden sind)

A. Einleitung: Sezession – ein blinder Fleck des Völkerrechts?

Eine Arbeit zur völkerrechtlichen Zulässigkeit der Sezession auf mehr als einige wenige Seiten anzulegen, erscheint auf den ersten Blick als etwas gewagtes Unterfangen. Schließlich liefert der Blick in die einschlägige Literatur einen ebenso knappen wie eindeutigen Befund. *Thürer* und *Burri* stehen insoweit für die deutlich überwiegende Mehrheit der Stimmen,¹ wenn sie formulieren: „International law remains neutral vis-à-vis secession and neither prohibits nor permits it.“² Das Recht, ein oft als Gewirr von Geboten und Verboten wahrgenommener Komplex, soll der Sezession also neutral gegenüberstehen, sie weder erlauben noch verbieten. Das ist ein durchaus ungewöhnliches Ergebnis.

Dass dem so ist, liegt im Zweck des Rechts begründet. Denn wer Recht setzt, der will damit regelmäßig einen Ausschnitt der Wirklichkeit nach seinen Vorstellungen ordnen.³ Seinem legislativen Handeln legt er einen als anzustrebend wahrgenommenen Zustand zugrunde, an den er die Wirklichkeit kraft der Verbindlichkeit seiner Normen annähern will. Häufig lässt er sich dabei von dem Ziel leiten, einen angemessenen Ausgleich zwischen den betroffenen Interessen herzustellen, kurz: eine gerechte Norm zu erlassen.⁴ Recht und Gerechtigkeit sind daher, wenngleich nicht identisch, so doch aufs Engste miteinander verbunden.⁵ *Radbruch* hat dies dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er das Recht als „Wirklichkeit, die den Sinn hat, dem Rechtswerte, der Rechtsidee zu dienen“⁶ definiert und mit dieser Rechtsidee die Gerechtigkeit gleichgesetzt hat.⁷

Wenn nun das Recht – wie vermeintlich das Völkerrecht im Fall der Sezession – einem Verhalten neutral gegenübersteht, dann fehlt ihm dieser Bezug zur Gerechtigkeit. Denn „neutrales“ Recht enthält sich jeder Wertung und trifft keine Entscheidung. Es nimmt die Realität nur zur Kenntnis und verfehlt damit notwendigerweise den Zweck, die Wirklichkeit zu regeln. Mit den Worten *Rad-*

¹ So etwa *Rousseau*, *Droit international public* III, 1977, S. 514f.; *R. Higgins*, RdC 230 (1991), 9 (171 f.); *Carpentier*, RBDI 25 (1992), 351 (355); *Malanczuk*, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 7. Aufl. (1997), S. 78; wohl auch *Lauterpacht*, *Recognition in International Law*, 1948, S. 8.

² *Thürer/Burri*, *Secession*, in: *Wolftrum* (Hrsg.), *MPEPIL IX*, 2012, S. 53 (64 Rn. 42).

³ *J. Braun*, *Einführung in die Rechtsphilosophie*, 2. Aufl. (2011), S. 370f.

⁴ Vgl. ebd., S. 371; *Mahlmann*, *Rechtsphilosophie und Rechtstheorie*, 4. Aufl. (2017), S. 335.

⁵ *Henkel*, *Einführung in die Rechtsphilosophie*, 2. Aufl. (1977), S. 394.

⁶ *Radbruch*, *Rechtsphilosophie*, 8. Aufl. (1973), S. 119.

⁷ Ebd., S. 119f.

bruchs gesprochen ist solch neutrales Recht also nicht in der Lage, der Rechtsidee zu dienen.

Gerade das Völkerrecht aber wäre berufen, diese Rechtsidee zu verwirklichen. Schließlich harren zahlreiche globale Probleme einer gerechten Lösung durch die Staatengemeinschaft: Der im Wesentlichen durch die Industrialisierung der Nordhalbkugel verursachte Klimawandel trifft jene Länder besonders schwer, die von der Industrialisierung kaum profitiert haben und wirtschaftlich zu schwach sind, um wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.⁸ Die Liberalisierung des Welthandels kommt vor allem den großen Volkswirtschaften zugute und verschärft so die ohnehin ungleiche Verteilung globalen Wohlstands.⁹ Und auch im Kontext der Sezession bestehen offensichtliche Gerechtigkeitsdefizite: Die fortdauernde Verbindlichkeit fremdbestimmter Grenzen etwa zwingt konkurrierende Ethnien in einem Staat zusammen und schafft so eine Ursache für Separatismus und Bürgerkrieg.¹⁰ Und selbst bei schlimmsten staatlichen Verbrechen gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung hat sich bisher keine unbestrittene völkerrechtliche Praxis herausgebildet, die den Betroffenen ein Recht zur Abspaltung zubilligen würde.¹¹

Dass dem Völkerrecht ein gestalterischer Wille zur Gerechtigkeit oft zu fehlen scheint, ist nicht zuletzt Folge des völkergewohnheitsrechtlichen „Rechtssetzungsprozesses“. Denn Gewohnheitsrecht, das einen erheblichen Teil des Völkerrechts bildet, entsteht aus der dauernden, von entsprechender Rechtsüberzeugung getragenen Übung der Staaten.¹² Es leitet sich also aus einseitigem staatlichen Handeln ab und kommt damit, anders als völkerrechtliche Verträge, nicht durch Verhandlung und Ausgleich zustande. Zwar stellt in der idealen demokratischen Gesellschaft das Verfassungsrecht sicher, dass staatliches Wirken den Willen des Volkes widerspiegelt, wozu dessen Interessen gehört, abgewogen und in Ausgleich gebracht werden.¹³ Fremde Staaten und Gesellschaften aber sind nicht Teil dieses Volkes, weshalb ihre Interessen oft auch nicht in vergleichbarer Weise berücksichtigt werden. Das völkerrechtliche Handeln eines Staates ist deshalb, selbst wenn es im Hinblick auf die Wünsche des Staatsvolkes ausgewogen erscheint, gegenüber anderen Staaten häufig auf eine Maximierung der eigenen Interessen bedacht. Gewohnheitsrecht entsteht damit durch die Summierung tendenziell egoistischen Verhaltens. Es kann deshalb in der Regel keinen gerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeiführen. Hinzu kommt, dass sich bei der Entstehung von Gewohnheitsrecht der reguläre Gesetzgebungsprozess praktisch umkehrt. Denn Gewohnheitsrecht wird nicht

⁸ *Santarius*, APuZ 24/2007, 18–21.

⁹ *Stiglitz*, *Globalization and Its Discontents*, 2002, S. 59–67, 214.

¹⁰ *Castellino*, *International Law and Self-determination*, 2000, S. 129–132.

¹¹ Siehe dazu unten unter C. III. 1.

¹² *Vitzthum*, in: *ders./Proelß* (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Aufl. (2016), S. 1 (51 Rn. 131).

¹³ Vgl. *Grzeszick*, in: *Maunz/Dürig*, GG III, 81. EL (2017), Art. 20 Rn. 61, 73–75.

von einem Gesetzgeber erlassen, der auf diesem Wege die Realität einem legislativen Idealbild annähern will. Stattdessen entsteht es aus dem tatsächlichen Handeln der Normunterworfenen selbst. Nicht Recht wird also hier Wirklichkeit, sondern Wirklichkeit wird Recht. Diese Art der Rechtserzeugung eröffnet kaum Raum für den Entwurf eines Idealbildes; sie beschreibt keinen gestalterischen, sondern einen nachvollziehenden Prozess.

Die daraus folgende, wenig gerechtigkeitsorientierte Grundtendenz des Völkerrechts wird durch neuere Entwicklungen aber zunehmend in Frage gestellt. Denn die Staaten ordnen heute viele Bereiche umfassend durch völkerrechtliche Verträge.¹⁴ Solche vertraglichen Regelungen unterscheiden sich von Völkergewohnheitsrecht dadurch, dass hier im Wege mehrseitiger Verhandlungen ein Ausgleich der beteiligten Interessen erzielt wird. Am Ende steht eine aktiv gestaltete Rechtsnorm, die erheblich mehr Raum für das Ziel der Gerechtigkeit lässt als das die Realität lediglich nachvollziehende Gewohnheitsrecht. Mitunter beschränken sich solche Vereinbarungen auch nicht nur auf klassische völkerrechtliche Regelungsgegenstände, sondern behandeln Sachverhalte, über die vorher nur auf staatlicher Ebene entschieden wurde.¹⁵ Der völkerrechtlich nicht geregelte Bereich staatlichen Handelns wird dadurch schrittweise kleiner, was die Gestaltungsmöglichkeiten des Völkerrechts ebenfalls erweitert. Dazu passt auch, dass der sogenannte *domaine réservé*, der der völkerrechtlichen Kontrolle entzogene Bereich staatlicher Angelegenheiten,¹⁶ im modernen Völkerrecht klein geworden ist.¹⁷ War ursprünglich das gesamte Verhältnis Bürger – Staat dem Anwendungsbereich des Völkerrechts entzogen, so bindet das Völkerrecht den Staat nunmehr auch im Verhältnis zu seinen eigenen Bürgern, etwa über umfangreiche Vorschriften zum Schutz der Menschenrechte.¹⁸

Es erscheint vor diesem Hintergrund anachronistisch, dass sich das Völkerrecht im Hinblick auf die Sezession jeder Regelung enthalten und sich damit der Möglichkeit begeben soll, zur Erzielung gerechter Lösungen gestaltend einzugreifen. Die vorliegende Arbeit will deshalb klären, ob dieses Postulat im modernen Völkerrecht noch Gültigkeit beanspruchen kann.

Sie gliedert sich in drei Teile: Zu Beginn wird der Begriff der Sezession in seiner völkerrechtlichen Bedeutung umrissen und zu verwandten Konzepten abgegrenzt. Auf gesicherter begrifflicher Grundlage kann dann in einem zweiten Schritt untersucht werden, ob das Völkerrecht – wie von der obenstehenden

¹⁴ Cassese, *International Law*, 2. Aufl. (2005), S. 167, 170; Daillier/Forteau/Pellet, *Droit international public*, 8. Aufl. (2009), S. 83–85.

¹⁵ Shaw, *International Law*, 8. Aufl. (2017), S. 35 f.

¹⁶ Carreau/Marrella, *Droit international*, 11. Aufl. (2012), S. 404.

¹⁷ *Heintschel v. Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, 6. Aufl. (2014), S. 1055 (1075 Rn. 47).

¹⁸ Daillier/Forteau/Pellet, *Droit international public*, 8. Aufl. (2009), S. 488; Carreau/Marrella, *Droit international*, 11. Aufl. (2012), S. 408 f.; Shaw, *International Law*, 8. Aufl. (2017), S. 485.

Äußerung *Thürers* und *Burris* impliziert – tatsächlich allen Sezessionen gleich neutral gegenübersteht oder ob es anhand rechtlicher Kriterien differenziert. Die Rechtsfolgen der aus diesen Erkenntnissen abgeleiteten Kategorisierung beschreibt das darauf folgende Kapitel. Abschließend sollen die gefundenen Ergebnisse zu einem modernen Recht der territorialen Souveränität zusammengeführt und mit ihren zivilrechtlichen Gegenstücken verglichen werden. Ein Vergleich mit aktuellen Beispielen wird dabei auch zeigen, ob und in welchem Umfang sich der allgemeine Fortschritt des Völkerrechts hin zu mehr Individualschutz im Recht der territorialen Souveränität bemerkbar macht. Dann wird sich auch die Frage beantworten lassen, ob die Beziehung zwischen Gerechtigkeit und Völkerrecht im Fall von Sezessionen tatsächlich eine so lose ist, wie aufgrund der Struktur des Völkergewohnheitsrechts anzunehmen.

B. Begriff der Sezession

Stellt man die Konstellationen nebeneinander, die in der Wissenschaft als Sezessionen oder Sezessionsversuche bezeichnet worden sind, zeigen sich große Unterschiede. Die Bandbreite der Situationen reicht von der gewaltsamen Abspaltung Bangladeschs von Pakistan¹ bis zum Unabhängigkeitsreferendum in Schottland, das mit Zustimmung Großbritanniens abgehalten wurde.² Ursache dieser Heterogenität ist nicht zuletzt, dass eine allgemein anerkannte Definition der Sezession bisher fehlt.³ Das liegt zum einen daran, dass das Phänomen nicht nur von Rechtswissenschaftlern, sondern auch von Politologen und Soziologen untersucht wird und jede Disziplin eine an den jeweiligen Forschungszweck angepasste Definition verwendet.⁴ Zum anderen wird der Sezessionsbegriff auch in der Rechtswissenschaft sehr unterschiedlich gedeutet.

Haverland beispielsweise hängt einem weiten Begriffsverständnis an. Sezession ist nach ihrer Auffassung „the separation of part of the territory of a State with the aim of creating a new independent State or acceding to another existing state.“⁵ *Kohen* hingegen bezeichnet nur solche Abspaltungen als Sezessionen, die ohne die Zustimmung des bisherigen Souveräns erfolgen.⁶ *Crawford* schränkt seine Definition noch weiter ein, indem er Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel voraussetzt.⁷ Für Zwecke der Forschung mag jede dieser Definitionen ihre Berechtigung haben. Der Sezessionsbegriff wird aber nicht zwingend allein im wissenschaftlichen Kontext verwendet. Wenn das Völkerrecht – wie die vorliegende Untersuchung zeigen wird – die Zulässigkeit der Sezession verbindlich regelt, dann bezeichnet er vielmehr auch ein völkerrechtliches Tatbestandsmerkmal. Als solches bedarf der Sezessionsbegriff eines festen Bedeutungsgehalts, der zu Beginn dieser Untersuchung geklärt werden muss.

¹ *Happold*, ICLQ 49 (2000), 15 (23); *Crawford*, *Creation of States*, 2. Aufl. (2007), S. 391; *Aikens*, CJICL 3 (2014), 162 (164).

² *Tierney*, EuConst 9 (2013), 359 (373 f.); *Vidmar*, CYIL 51 (2013), 259 (272); *Sterio*, ILSAJICL 21 (2015), 293 (295).

³ *Thüren/Burri*, *Secession*, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL IX, 2012, S. 53 (54 Rn. 5).

⁴ Vgl. *Buchanan*, *Secession*, 1991, S. 10 f.; *Heraclides*, *The Self-determination of Minorities in International Politics*, 1991, S. 1; *Hechter*, *Acta Sociologica* 35 (1992), 267.

⁵ *Haverland*, *Secession*, in: Bernhardt (Hrsg.), EPIL IV, 2000, S. 354.

⁶ *Kohen*, in: ders. (Hrsg.), *Secession*, 2012, S. 1 (3).

⁷ *Crawford*, *Creation of States*, 2. Aufl. (2007), S. 375, der auf *Marek*, *Identity and Continuity*, 1954, S. 62 verweist.

I. Definition der Sezession

Die Sezession ist bisher häufig in eher apodiktischer Art und Weise definiert worden. Von seltenen Ausnahmen abgesehen fehlen Begründungen und Argumente.⁸ Das ist nicht nur deshalb verwunderlich, weil angesichts sich widersprechender Definitionen ein erheblicher Klärungsbedarf besteht, sondern auch, weil Erkenntnismöglichkeiten durchaus zur Verfügung stehen. Es ist zwar richtig, dass der Sezessionsbegriff im geschriebenen Völkerrecht nirgends definiert wird.⁹ Der Inhalt eines völkerrechtlichen Tatbestandsmerkmals kann sich daneben aber auch aus Völkergewohnheitsrecht, dem Ausdruck einer von entsprechender Rechtsüberzeugung getragenen, allgemeinen Staatenpraxis ergeben, wie Art. 38 Abs. 1 lit. b Statut des Internationalen Gerichtshofs¹⁰ deutlich macht.

Die folgende Analyse wird zeigen, dass sich aus Bedeutung und Herkunft des Wortes Sezession klare Begriffskonturen erschließen lassen, die völkergewohnheitsrechtlich verfestigt sind. Zwar lässt sich bei der Verwendung des Begriffs durch einzelne Staaten, bedingt durch unterschiedliche politische Motive, in der Regel keine einheitliche Linie feststellen. Äußern sich die Staaten allerdings kollektiv, etwa im Rahmen von Resolutionen der Vereinten Nationen (UN), dann sind sie bei der Verwendung des Sezessionsbegriffs ebenso konsequent wie internationale Gerichte. Dabei handeln sie zugleich in der Überzeugung rechtlicher Gebundenheit, denn die Untersuchung wird im Folgenden auch offenlegen, dass die Staaten Sezessionen nach ihrer Rechtmäßigkeit unterscheiden und sich auf dieser Grundlage zu verschiedenen Reaktionen berechtigt sehen.¹¹ Eine eindeutige und verbindliche Definition der Sezession ist notwendige Vorbedingung dieses Regelungsregimes und daher zwingend von entsprechender *opinio iuris* getragen.

⁸ Vgl. die Definitionen von *Crawford*, *Creation of States*, 2. Aufl. (2007), S. 375; *Koben*, in: ders. (Hrsg.), *Secession*, 2012, S. 1 (3); *Sterio*, *The Right to Self-Determination under International Law*, 2013, S. 24 Fn. 59. Eine Ausnahme bilden etwa *Radan*, in: *Pavković/Radan* (Hrsg.), *On the Way to Statehood*, 2008, S. 17; *G. Anderson*, *LYLAICLR* 35 (2013), 343.

⁹ *Ott*, *Recht auf Sezession*, 2008, S. 40. Die in Art. 34 Abs. 1 Wiener Übereinkommen über die Staatennachfolge in Verträge vom 23. August 1978 (WÜSV), 1946 UNTS 3, deutsche Übersetzung in: *BGBI.* 1985 II, S. 926 gebrauchte Formel „[w]hen a part or parts of the territory of a State separate to form one or more States, whether or not the predecessor State continues to exist [...]“ zielt zwar erkennbar auf Sezessionen beziehungsweise Dismembrationen ab, gebraucht dieses Begriffspaar aber nicht. Vgl. dazu *ILC*, *Report of the International Law Commission on the work of its twenty-sixth session*, 6 May–26 July 1974, UN Doc. A/9610/Rev.1, YBILC 1974 II(1), 157 (260, 263).

¹⁰ Statut des Internationalen Gerichtshofs, Anhang zur Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 (IGH-Statut), UNCIO 15, 355, deutsche Übersetzung in: *BGBI.* 1973 II, S. 431.

¹¹ Siehe unten unter C. und D.

Als völkerrechtliches Tatbestandsmerkmal verstanden ist Sezession (1) der Verlust der territorialen Souveränität des Altstaats in einem Teil seines Staatsgebiets (2) durch Entscheidung des Sezessionisten, (3) ohne dass zugleich der Altstaat untergeht.

1. Verlust der territorialen Souveränität in einem Teilgebiet¹²

Der Begriff Sezession leitet sich vom lateinischen *secessio* und dem Verb *secedere* ab.¹³ Letzteres bedeutet „beiseite gehen, weggehen, fortgehen, sich entfernen“¹⁴ und setzt sich aus dem Verb *cedere* und der Vorsilbe *se* zusammen. *Cedere* heißt „gehen, abtreten, fortgehen, sich weggeben, weichen, sich zurückziehen, ausscheiden“¹⁵ und bildet zugleich den Ursprung des Wortes Zession,¹⁶ das im Völkerrecht den vertraglichen Übergang eines Gebiets von einem Staat auf den anderen mit dem Willen beider bezeichnet.¹⁷ Es liegt nahe, aus dieser sprachlich-etymologischen Verwandtschaft auch auf sachliche Gemeinsamkeiten zu schließen und anzunehmen, dass beide Begriffe die Absonderung eines Gebiets zum Gegenstand haben. Tatsächlich findet sich das bei *Haverland* als „separation of part of the territory of a State“¹⁸ aufscheinende Definitionsmerkmal in dieser oder ähnlicher Form in vielen Sezessionsdefinitionen.¹⁹

Durch diese Art der Definition wird das Sezessionsgeschehen in spezifisch territorialer Weise gedeutet. Wie die Zession als Gebietstransfer begriffen wird, so erscheint auch bei der Sezession mit dem „Teil des Staatsgebiets“ ein Territorium als Objekt, an dem sich die sezessionsbedingten Veränderungen vollziehen. Dies ist sicherlich keine unzutreffende Darstellung der Sezession, denn deren Auswirkungen manifestieren sich in der Tat in einem bestimmten Gebiet. Befremdlich wirkt diese gebietsbezogene Perspektive aber doch dann, wenn, wie in der Definition der *International Law Commission* (ILC), davon die Rede ist, dass sich ein Gebiet vom anderen abspalte.²⁰ Durch die Wahl des Aktivs er-

¹² Die Reihenfolge der Definitionsmerkmale in diesem Kapitel dient der Übersicht. Für die Subsumtion ist ein leicht abweichendes Schema sinnvoll, siehe dazu unten unter D. IV. 2.

¹³ *Seebold*, Kluge, 25. Aufl. (2011), S. 846.

¹⁴ *Baier*, *Der neue Georges II*, 2013, Sp. 4314.

¹⁵ *Ebd.*, Sp. 815.

¹⁶ *Scholze-Stubenrecht/Pescheck* (Hrsg.), Duden, 8. Aufl. (2015), S. 2071.

¹⁷ *Dörr*, Cession, in: Wolfrum (Hrsg.), *MPEPIL II*, 2012, S. 65 (65 Rn. 1).

¹⁸ *Haverland*, Secession, in: Bernhardt (Hrsg.), *EPIL IV*, 2000, S. 354.

¹⁹ Vgl. etwa *Rousseau*, *Droit international public III*, 1977, S. 515; *Raič*, *Self-Determination*, 2002, S. 308; *Thio*, in: Kohen (Hrsg.), *Secession*, 2012, S. 297; *Kau*, in: *Vitzthum/Proelß* (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Aufl. (2016), S. 133 (197 Rn. 176). Eine Ausnahme bildet beispielsweise *Crawford*, *Creation of States*, 2. Aufl. (2007), S. 375, der wohl aufgrund seiner auf Staatsgründungen ausgerichteten Forschungsfrage von der „creation of a State“ spricht.

²⁰ *ILC*, Report of the International Law Commission on the work of its twenty-fourth session, 2 May–7 July 1972, UN Doc. A/8710/REV.1, YBILC 1972 II, 219 (296).

scheint das als solches nicht handlungsfähige Territorium als der die Sezession selbst bewirkende Akteur.

In der Tat lenkt der spezifisch territoriale Zugang zu Zession und Sezession den Blick von den tatsächlichen Veränderungen ab.²¹ Denn in beiden Fällen bleibt das betreffende Gebiet selbst unverändert. Die Veränderung betrifft allein die Beziehung zwischen dem Gebiet und dem bisherigen Träger der Hoheitsgewalt,²² dem Souverän.²³ Dieser ist seinem Staatsgebiet ausschließlich räumlich zuständig und verfügt über die territoriale Souveränität,²⁴ mit den Worten *Max Hubers*

*the exclusive competence of the state in regard to its own territory in such a way as to make it the point of departure in settling most questions that concern international relations.*²⁵

Durch Sezession geht diese Kompetenz in Bezug auf den betreffenden Gebiets- teil verloren, die territoriale Souveränität erlischt.²⁶ Es erscheint deshalb präziser, die Sezession nicht als Umgestaltung eines Gebiets zu begreifen, sondern als Verlust der territorialen Souveränität in einem Teil des Staatsgebiets.²⁷

Über den Verlust der territorialen Souveränität des Altstaats hinaus stellt der Sezessionsbegriff keine Anforderungen an die Konsequenzen einer Abspaltung. Insbesondere setzt er nicht voraus, dass durch die Sezession ein neuer Staat entsteht.²⁸ Dieses Merkmal dient einigen Definitionen zum Ausschluss

²¹ Vgl. *G. Anderson*, *LYLAICLR* 35 (2013), 343 (346).

²² Definitionen wie die von *Cassese*, *International Law*, 2. Aufl. (2005), S. 77 oder *Thürer/Burri*, *Secession*, in: *Wolfrum* (Hrsg.), *MPEPIL* IX, 2012, S. 53 (54 Rn. 1), die auf die Abspaltung von Territorium und Bevölkerung abstellen, bilden diese Veränderung ebenfalls nicht ab.

²³ *Jennings*, *The Acquisition of Territory in International Law*, 1963, S. 6–9.

²⁴ *Torres Bernárdez*, *Territorial Sovereignty*, in: *Bernhardt* (Hrsg.), *EPIL* IV, 2000, S. 823 (828f.); *Crawford*, *Brownlie's Principles of Public International Law*, 8. Aufl. (2012), S. 204.

²⁵ *Island of Palmas (Netherlands v. United States of America)*, Schiedsspruch vom 4. April 1928, *RIAA* 2, 829 (838).

²⁶ *Jennings*, *RdC* 121 (1967), 321 (427f.); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht* I/1, 2. Aufl. (1989), S. 378; *Jennings/Watts* (Hrsg.), *Oppenheim's International Law* II, 9. Aufl. (2000), S. 717. Zu den Grundlagen vgl. *Distefano*, *LJIL* 19 (2006), 1041 (1065–1067) Vgl. auch *Brilmayer*, *YJIL* 16 (1991), 177 (199f.).

²⁷ Ähnlich *Pavković/Radan*, *Creating New States*, 2007, S. 8, die aber weniger präzise von einer Beseitigung des Altstaats und seiner Institutionen sprechen und den Übergang auf einen neuen Hoheitsträger verlangen. Unklar ist, ob *G. Anderson*, *LYLAICLR* 35 (2013), 343 (349) die hier vertretene Ansicht teilt, denn auf S. 346 betont er zugleich, dass sowohl Staatsgebiet als auch Souveränität entzogen würden. Ein Territorium wird allerdings überhaupt erst durch die dort bestehende Souveränität zum Staatsgebiet, vgl. *Cassese*, *International Law*, 2. Aufl. (2005), S. 82; *Saxer*, *Internationale Steuerung*, 2010, S. 153f. Genauer erscheint es deshalb, den Verlust von Staatsgebiet als Folge des eingetretenen Souveränitätsverlusts anzusehen.

²⁸ *Haverland*, *Secession*, in: *Bernhardt* (Hrsg.), *EPIL* IV, 2000, S. 354; *Raič*, *Self-Determination*, 2002, S. 308; *Koben*, in: *Kälin/Kolb/Spenlé* u. a. (Hrsg.), *International Law, Conflict and Development*, 2010, S. 3 (5); *Thürer/Burri*, *Secession*, in: *Wolfrum* (Hrsg.), *MPEPIL* IX, 2012, S. 53 (54 Rn. 1); *Sterio*, *The Right to Self-Determination under International Law*, 2013,

irredentistischer Abspaltungen, also solcher, die nicht der Gründung eines neuen Staates, sondern dem Anschluss an einen bereits bestehenden Staat dienen.²⁹ Das Verhältnis zwischen Sezession und Staatsgründung hat indes *Koroma* in seinem Sondervotum zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo treffend zum Ausdruck gebracht:

*The unilateral declaration of independence of 17 February 2008 was tantamount to an attempt to secede from Serbia and proclaim Kosovo a sovereign independent State created out of the latter's territory.*³⁰

Die Konstituierung des Kosovo als souveräner Staat bildet danach einen gesonderten, nachgelagerten Schritt, der mit dem Abspaltungsvorgang selbst nicht gleichgesetzt werden kann. Diese differenzierte Betrachtungsweise greift die Wortbedeutung des Sezessionsbegriffs auf, der den Vorgang des Weggangs, der Trennung vom Altstaat ins Zentrum stellt, sich aber jeder Aussage über das weitere Schicksal des Sezessionisten oder den Zweck seines Handelns enthält.

Es ist vor diesem Hintergrund konsequent, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu Bergkarabach ausgeführt hat, die Abgeordneten des dortigen Provinzparlaments hätten um die Erlaubnis zur Sezession von Aserbaidschan *und* zum Anschluss an Armenien nachgesucht.³¹ Der EGMR versteht Sezession und Beitritt damit als voneinander zu trennende Vorgänge; dem vom Sezessionisten beabsichtigten Status misst er für die Einordnung als Sezession keine Bedeutung bei. Von demselben Verständnis geht der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) aus, der die 1992 erklärte Abspaltung der Republika Srpska von Bosnien und Herzegowina als Sezession bezeichnete,³² obwohl diese Einheit eine Angliederung an (Rest-)Jugoslawien anstrebte.³³ Er stellte sich damit auf augenfällige Weise der Auffas-

S. 24 Fn. 59. *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht I/1, 2. Aufl. (1989), S. 378 f. nennen ausdrücklich auch die Möglichkeit, dass keine „neue völkerrechtlich anerkannte Staatsgewalt ins Leben [gerufen wird]“. Anders als von den Autoren angenommen hat diese Alternative im Hinblick auf de facto-Regime aber durchaus praktische Relevanz.

²⁹ So etwa *Crawford*, *Creation of States*, 2. Aufl. (2007), S. 375; *Pavković/Radan*, *Creating New States*, 2007, S. 9; *Radan*, in: *Pavković/Radan* (Hrsg.), *On the Way to Statehood*, 2008, S. 17 (22 f.); *del Mar*, in: *French* (Hrsg.), *Statehood and Self-Determination*, 2013, S. 79 (79 Fn. 3); *Nolte*, in: *Kohen* (Hrsg.), *Secession*, 2012, S. 65; *Abi-Saab*, in: *Kohen* (Hrsg.), *Secession*, 2012, S. 470 (473); *G. Anderson*, *LYLAICLR* 35 (2013), 343 (372).

³⁰ IGHJ, *Accordance with International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo*, Gutachten vom 22. Juli 2010, ICJ Reports 2010, 403 (Sondervotum des Richters *Koroma*, 477 Abs. 23).

³¹ EGMR (Große Kammer), *Minas Sargsyan v. Azerbaijan*, Entscheidung vom 14. Dezember 2011, Nr. 40167/06, Abs. 8.

³² ICTY, *Prosecutor v. Momčilo Krajišnik*, Urteil vom 27. September 2006, Az. IT-00-39-T, Abs. 896.

³³ *Baer*, *Der Zerfall Jugoslawiens im Lichte des Völkerrechts*, 1995, S. 109 f. Vgl. auch die bei ICTY, *Prosecutor v. Momčilo Krajišnik*, Urteil vom 27. September 2006, Az. IT-00-39-T, Abs. 103 auszugsweise wiedergegebene Unabhängigkeitserklärung vom 27. Januar 1992.

sung entgegen, die Abspaltungen nur dann als Sezessionen anerkennen will, wenn sie auf die Gründung eines eigenen Staates abzielen. Diese Meinung hat im Übrigen auch die Fälle Anguillas,³⁴ Anjouans und Mohélias³⁵ gegen sich, in denen das erklärte Ziel der Einwohner nicht etwa Eigenständigkeit, sondern der Erhalt oder die Wiedererlangung eines Kolonialstatus war. Dennoch werden sie gemeinhin als Beispiele für Sezessionen und Sezessionsversuche aufgefasst.³⁶

Der Ausschluss irredentistischer Abspaltungen stößt daneben auch auf praktische Schwierigkeiten, die entsprechende Definitionen wenig stringent erscheinen lassen. Denn mitunter erklären irredentistische Gebiete zunächst ihre Eigenstaatlichkeit, um dann nach kurzer Zeit einem Drittstaat beizutreten.³⁷ Der Form nach handelt es sich hier eigentlich auch nach Ansicht derer, die Irredentismen aus ihrer Sezessionsdefinition ausschließen, um Sezessionen, weil zunächst ein eigener Staat gegründet wird. Dennoch werden solche Fälle unter Verweis auf das eigentliche Ziel der Abspaltung und die zeitlich beschränkte Phase nationaler Souveränität mitunter als Irredentismen qualifiziert.³⁸ Diese Ausnahme verwischt die klaren formellen Differenzierungskriterien und führt zu schwierigen und letztlich nicht objektiv beantwortbaren Abgrenzungsfragen: Wann ist eine formell erklärte Eigenstaatlichkeit nicht ernsthaft gewollt? Welche Bestandsdauer ist notwendig, um aus einer Einheit ohne echte Eigenstaatlichkeit einen Staat für die Zwecke der Sezessionsdefinition zu machen? Bei der Einordnung konkreter Fälle dürfte sich angesichts dieser ausschließlich normativen Kriterien kaum Einigkeit erzielen lassen, auch nicht mit dem von *Anderson* vorgeschlagenen Unterscheidungsmerkmal: Er will prüfen, ob eine Abspaltung sich eher als *withdrawal* oder eher als *amalgamation* darstellt und im ersten Fall eine Sezession, im zweiten eine irredentistische Abspaltung annehmen.³⁹ In der Sache ist durch diese beiden Ausdrücke indes wenig gewonnen, denn die obengenannten irredentistischen Abspaltungen weisen stets beide Elemente auf. Mit Blick auf den Altstaat ist die Abspaltung immer ein *withdrawal*, im Verhältnis zum Drittstaat hingegen ohne Ausnahme eine *amalgamation*. Die sich vermeintlich gegenseitig ausschließenden Begriffe sind damit lediglich Ausdruck unterschiedlicher Perspektiven.⁴⁰

³⁴ Vgl. *Qvester*, International Security 8 (1983), 160 (171 f.); *Phillips*, Commonwealth Caribbean Constitutional Law, 2002, S. 118–125.

³⁵ *Torrelli/Balmond/Millet u. a.*, RGDIP 101 (1997), 1023 (1029 f.); *Crawford*, Creation of States, 2. Aufl. (2007), S. 403, 646.

³⁶ *Simmonds*, in: FS Ganshof van der Meersch, 1972, S. 435 (438); *Torrelli/Balmond/Millet u. a.*, RGDIP 101 (1997), 1023 (1029); *Phillips*, Commonwealth Caribbean Constitutional Law, 2002, S. 122–125; *Crawford*, Creation of States, 2. Aufl. (2007), S. 403, 631.

³⁷ So etwa im Fall der Krim, die formell zunächst ihre Unabhängigkeit und dann den Beitritt zur Russischen Föderation erklärte. Vgl. dazu unten unter B. III.

³⁸ *Horowitz*, in: Chazan (Hrsg.), Irredentism and International Politics, 1991, S. 9 (10); *G. Anderson*, LYLAICLR 35 (2013), 343 (373).

³⁹ *G. Anderson*, LYLAICLR 35 (2013), 343 (375).

⁴⁰ Im Übrigen verletzt *Anderson* damit auch die von ihm selbst postulierte Unabhängig-

Stichwortverzeichnis

- Aaland-Inseln 44, 50, 87
Abchasien 57f., 69f., 101, 145
acquiescence 29, 70, 96
Aden 36
Afghanistan 175
Aggression, Definition der 63, 126f., 130, 132
Albanien 158
Algerien 38, 112, 128f., 148, 165
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 71
Aneignung (siehe auch Okkupation) 38, 147
Anerkennung von Staaten 25, 28–30, 46–59, 62–65, 68–71, 75f., 80–84, 90, 92, 102, 114–116, 127–130, 134–136, 137, 140–142, 143, 146–149, 158, 165f., 168, 175, 177
– deklaratorische 62
– gestattende 47–49, 83f.
– konstitutive 62
– Verbot der (siehe auch Nichtanerkennung) 64, 114f., 128, 139
– vorzeitige 64f., 114f., 127–130
Angola 65, 119, 122f., 128
Anguilla 10
Anjouan 10, 75, 94, 116, 119
Annexion 29f., 39–41, 58, 69f., 140, 160, 171–175
Anwartschaftsrecht 154
Apartheid 15, 56, 71f.
Armenien 9, 57f., 78, 110, 116, 125
Aserbaidschan 9, 57, 96, 110
Äthiopien 12
Aufstand 17, 25, 38, 40, 46, 48–50, 66–68, 97, 99, 105, 113, 116, 120, 129–132, 156, 169, 172
Ausfuhrbeschränkungen 101, 123f.
Australien 116, 168
Autonomie 13, 36f., 86, 157–166, 169
Badinter-Kommission 21, 23, 44, 50, 63, 92, 137
Balfour Declaration 38
Baltische Staaten 28–30, 58, 147
Bangladesch 5, 13f., 16, 78, 80, 90, 92, 125
Bantustans 15f., 55f., 61, 71f., 75
Befreiungsbewegungen, nationale 105f., 125f.
Beihilfe 121–123, 135f.
Bergkarabach 9, 57f., 69f., 96, 116, 125, 145
Besatzung 29f., 51f., 56f., 68f., 78–80, 101, 104, 125, 147, 160, 169–172, 174f.
Biafra 27
Birma 112, 148
Blockade 101, 110f., 119
Bophuthatswana 15, 55
Bosnien und Herzegowina 9, 19f., 78, 92
Bougainville 94, 101, 116
Brasilien 30, 165
Briand-Kellogg-Pakt 29, 68, 143
Bundesverfassungsgericht 23
China 29, 51f., 162, 165
Ciskei 15, 55, 92
Contras 68, 113
Costa Rica 21, 166
Dadra 36
de facto-Regime 9, 68, 96–98
Dekolonisierung 30–37, 58f., 61, 73–77, 125, 129
Demarkationslinie 95f., 98
Dereliktion 38, 149f.
Deutsches Reich 29
Deutschland 18, 138, 166
Dismembration 6, 15, 17–24, 50, 158
domaine réservé 3, 106f., 121, 131, 156

- dominion 38
 Drei-Elemente-Lehre 44, 51 f., 59 f., 85, 136 f.
 due process 91 f., 137–140

 Effektivitätskriterium 44–60, 64 f., 67, 75–77, 81 f., 85, 93, 119, 128, 137 f., 143–145, 149, 153, 164, 166, 180
 Eigentum 150, 153–155
 Einfuhrbeschränkungen 101, 123 f.
 Einreise 101, 107
 Entkolonisierung (siehe Dekolonisierung)
 Ersitzung 70, 150, 153 f.
 Estland (siehe auch Baltische Staaten) 28–30, 58
 Etymologie 7, 13 f.
 Euromaidan-Bewegung 99, 169
 Europäische Gemeinschaft 19, 21, 92
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 9, 21, 27, 57, 86

 Finanzhilfe 53, 68, 94, 113, 116, 123, 130
 Frankreich 27, 36–38, 47–49, 112, 118, 129, 138 f., 148
 Französisch-Äquatorialafrika 36
 Fremdherrschaft 86, 88, 159 f.

 Gegenmaßnahme 43, 103, 134, 146, 152
 Genfer Konventionen 104 f., 136
 Genozid 78, 156, 161 f.
 Genozidverbot 95, 97, 133, 156
 Georgien 57 f., 96, 101
 Gerechtigkeit 1–4, 32, 46, 176, 179 f.
 Gewalt 5, 15–18, 29, 40–43, 54, 59, 67–71, 94–99, 105, 113, 117–122, 124–127, 130–136, 143, 146–148, 152, 158–163, 171, 176 f.
 Gewaltverbot 39 f., 62 f., 67–73, 77 f., 94–100, 109–111, 113, 117–121, 124–127, 130–136, 139, 143, 145–148, 159–163
 Golan-Höhen 69
 Großbritannien 5, 13 f., 24 f., 30, 36, 38, 47–50, 54 f., 85, 97, 112, 115, 137–139, 148, 166–168
 Guernsey 36
 Guinea-Bissau 59, 81 f., 128

 Heilige Allianz 49 f.
 Hilfe, humanitäre 113, 131
 Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung (siehe auch Kolonie) 30–37, 58 f., 74–76, 81, 108 f., 125–127, 130, 132, 148, 160, 180
 Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte 171
 Homelands (siehe Bantustans)
 Honduras 21 f.

 Indien 14, 16, 27, 115, 161, 165
 Individualschutz 4, 155, 157, 177
 Insel Man 36
 Integrität, territoriale 35, 56, 61, 66 f., 87–90, 103, 158, 163, 165
 Intention 40 f., 81, 88 f., 110, 113 f., 120, 142, 157, 162, 171 f., 180
 International Law Commission 7, 22 f., 63, 69 f., 79–81, 121, 142
 Internationaler Gerichtshof 18, 21–23, 36 f., 53, 60, 62–64, 67–70, 72, 74–76, 78 f., 81, 90, 103 f., 107, 110, 113 f., 117 f., 122, 124, 126, 129, 163–166
 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte 71, 74, 100, 156
 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 71, 74, 156
 Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien 9 f., 18, 21
 Internationales Abkommen zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung 71
 Intervention 14, 16, 40 f., 49 f., 57 f., 69, 106–124, 126 f., 131 f., 134 f., 160–162, 171 f.
 – auf Einladung 16, 40, 58, 117–120, 134, 136
 – humanitäre 161 f.
 – Verbot der 94, 101 f., 106–124, 128, 131–135, 145 f., 148
 Irak 69, 111, 140 f.
 Irredentismus 8–10, 34 f., 44
 Israel 63, 69
 ius cogens 60, 62–64, 67 f., 69–81, 84 f., 97 f., 103, 114 f., 125, 127 f., 133 f., 137–142, 145, 152 f., 161–164, 179 f.

- ius in bello (siehe auch Kriegsvölkerrecht;
 Völkerrecht, humanitäres) 123, 156
 Japan 29, 51 f., 68
 Jersey 36
 Jugoslawien 9 f., 18–23, 35, 129 f.,
 157–163, 166

 Kämpfer, irreguläre 68, 94
 Katanga 25–28, 52–54, 59, 61, 64 f., 111
 Kolonialvolk 31–35, 66, 108, 111, 126,
 – Selbstbestimmungsrecht des 66, 75 f.,
 82, 84 f., 108 f., 111, 129–131, 135 f., 138,
 140, 144, 146–148, 153, 159 f.
 Kolonie (siehe auch Hoheitsgebiet ohne
 Selbstregierung) 14, 30–37, 48–50,
 54 f., 58 f., 74–76, 81 f., 85 f., 108 f., 111 f.,
 125–130, 135 f., 143, 146 f.
 Kombattant 105 f., 135 f.
 Komoren 75, 116, 119
 Kongo 25, 27, 52 f., 58 f., 61, 64 f., 68, 75,
 81 f., 111 f., 117, 128, 143
 Konsensverfahren 33
 Korea 96, 175
 Kosovo 9, 35, 60, 63 f., 67, 72, 78 f., 90,
 92, 100 f., 116, 125, 156–166, 176 f.
 Kriegspropaganda, Verbot der 100, 116,
 133–135
 Kriegsvölkerrecht (siehe auch ius in bello;
 Völkerrecht, humanitäres) 67, 94 f.,
 97, 105, 118 f., 133 f., 180
 Krim 10, 39, 99–101, 113, 119, 139, 157,
 168–176
 Kuba 175
 Kuwait 69 f., 140 f.

 Lettland (siehe auch Baltische Staaten)
 28–30
 Libyen 166
 Litauen (siehe auch Baltische Staaten)
 28–30

 Malaysia 14 f., 39
 Mandatsgebiet 36
 Mandschukuo 29, 51 f., 68, 143
 Marionettenstaat 27, 29, 41, 52, 174
 Marokko 37
 Maßnahmen, wirtschaftliche 101,
 109–112, 116 f., 123 f., 132–136

 Mazedonien 18–20
 Menschenrechte 3, 67, 71, 86, 94 f., 97,
 104, 118, 133 f., 156 f., 161, 176, 180
 Minderheit 82, 175 f.
 Mohéli 10, 75, 94
 Monroe-Doktrin 50
 Montenegro 18 f.
 Montevideo-Konvention 51

 Nagar-Aveli 36
 Nauru 58
 Nicaragua 21 f., 58, 68, 110, 113, 130,
 175
 Nichtanerkennung 29 f., 49, 68 f., 91 f.,
 137, 140–142
 – Pflicht zur (siehe auch Anerkennungs-
 verbot) 63, 69 f., 74, 80
 Nichtigkeit 45, 54, 69–73, 75, 77–81, 84,
 92, 97 f., 133, 137, 139–145, 152, 179
 Niederlande 47 f., 50, 166
 Nordatlantikpakt-Organisation 158,
 160, 162–164
 Nordzypern 27, 56 f., 61 f., 68–71, 78,
 80, 99, 115 f., 140 f.

 Okkupation (siehe auch Aneignung)
 34, 147, 173 f.
 opinio iuris 6, 33, 59, 62–65, 87 f., 90,
 126, 128, 155, 161
 Organisation für Sicherheit und Zusam-
 menarbeit in Europa 171
 Organization of African Unity 27
 Osmanisches Reich 37
 Österreich 29
 Ostjerusalem 69
 Ostpakistan 13 f., 78, 161
 Osttimor 34 f.

 Pakistan (siehe auch Ostpakistan) 5,
 13 f., 16, 78, 80
 Palestine Liberation Organization 105 f.
 Partizipation, politische 54, 72, 75, 86,
 88, 108
 Plakkaat van Verlatinghe 47 f.
 Portugal 30, 36, 59, 82, 101, 108 f., 119,
 122 f., 128
 Propaganda (siehe auch Kriegspropagan-
 da) 99 f., 134

- private 100
- Protektorat 36f.
- Rassendiskriminierung 54, 75
- Verbot der 67, 71-73, 77f., 143
- Rebellion (siehe Aufstand)
- Rechtmäßigkeitskriterium 43-61, 65, 91, 143, 165, 179
- Rechtsfähigkeit 150f.
- Rechtsidee 1f.
- Rechtsüberzeugung (siehe opinio iuris)
- Referendum 4, 16f., 19f., 25, 37f., 40, 83, 92, 128f., 139, 148, 157, 166-168, 170-175
- remedial secession 81, 85-91, 155, 160, 166, 176f., 180
- Repressalie 43, 93, 129
- Republika Srpska 9
- responsibility to protect 161f.
- Retorsion 129
- Revolution (siehe Aufstand)
- Rhodesien (siehe Südrhodesien)
- Römisches Statut des Internationalen Straferichtshofs 71
- Rote Khmer 161
- Russland 10, 12, 39, 57f., 95f., 99, 113, 119, 162, 165f., 168-175
- Sachenrecht 150, 154-156
- saving clause 66, 87-90
- Schlussakte von Helsinki 27, 63
- Schottland 5, 16, 148, 157, 166-168
- Schweiz 46, 166
- Seehäfen, Blockade von (siehe Blockade)
- Selbstbestimmungsrecht der Völker 30, 35, 54-56, 61, 66f., 73-78, 81-91, 98f., 105, 108f., 111f., 114, 119f., 124, 129, 131, 135f., 138-140, 143f., 146-148, 154, 159
- externes 74, 85-90, 160
- internes 85-90, 160, 176
- koloniales (siehe Kolonialvolk, Selbstbestimmungsrecht des)
- Separation 37-39
- Serbien 18f., 157-165
- Sewastopol 169f., 172f., 175
- Sezession, Begriff der 3-41, 43, 157, 179
- Bestreiten der 100f., 106-109, 111, 133-135
- Recht auf 46, 81, 83-91, 134f., 147, 159, 179
- Rechtmäßigkeit der 6, 16, 42-92, 144, 157, 179
- unilaterale 11, 15, 46
- Zustimmung zur 11f., 15, 45, 82-85, 94, 98, 102f., 106, 109, 112, 114f., 120f., 124, 127, 131f., 135f., 138, 140, 144, 148-151, 159, 168, 180
- Sezessionsversuch 24-28
- Sezessionsvorgang 44f.
- Simbabwe 54
- Singapur 14f., 39
- Sitzabkommen 106
- Slowakei 165
- Souveräne Gleichheit der Staaten 101-103, 109, 133
- Sowjetunion 11f., 19, 28-30, 38f., 57f., 83, 168f.
- Spanien 21f., 30, 47-49, 168
- Sri Lanka 116
- St. Kitts and Nevis 11f.
- Staatenimmunität 103-106, 135f.
- Staatenkontinuität 21, 28-30
- Staatennachfolge 22f., 82f.
- Staatenverantwortlichkeit 63, 69f., 79-81, 115, 121-123, 152
- Staatlichkeit, Kriterien der 51-55, 57, 59f., 76f., 81, 85, 91, 93, 102, 114, 136-140, 142, 145, 149, 153, 165f.
- Staatsentstehung, Begriff der 44
- Staatsgebiet 7f., 19, 31, 34, 39, 58, 71, 82f., 94, 98, 106-109, 117, 119, 127, 132, 140, 142-155, 164f., 175, 179
- Staatsgewalt 9, 51-59, 65, 75, 81f., 129, 140, 142, 149f., 152f., 164f.
- Staatsgründung 7, 9, 29, 44, 65, 73, 75, 82, 97f., 133-155, 175
- Staatsmerkmale (siehe Staatlichkeit, Kriterien der)
- Staatsvolk 2, 19, 140, 142, 149f., 152, 164f.
- Status, politischer 74-76, 86, 88, 108, 160
- Stiftung 150f.
- Stimson-Doktrin 30

- Strafverfolgung 100f., 103–107, 133–136
 Südafrika 15f., 55, 61, 71f., 75, 105, 119
 Sudan 11, 19, 24f., 175
 Südkasai 59, 65f.
 Südossetien 57f., 69f., 96, 100f.
 Südrhodesien 54, 61f., 72, 75, 78, 85,
 96f., 100f., 105, 108, 111, 115f., 119,
 122, 140, 145
 Südsudan 11, 19, 24f., 38
 Supreme Court (Kanada) 11, 18, 28, 76,
 81, 86, 160
 Syrien 175

 Tamilische Tiger 116
 Tansania 161
 Teilhabe, politische (siehe Partizipation,
 politische)
 terra nullius 34, 147, 149
 Titel, völkerrechtlicher 29f., 35–37, 39f.,
 70f., 82, 143f., 146–150, 153, 156f., 170
 Transkei 15f., 55
 Transnistrien 27
 Treuhandgebiet 34
 Tschechien 19
 Tschechische und Slowakische Förderati-
 ve Republik 19
 Tschetschenien 94f.
 Türkei 27, 56f., 68f., 78, 80, 116, 125
 Tuvalu 58

 Übergangsverwaltung 34f.
 Uganda 68, 161
 Ukraine 39, 99f., 113, 168–175
 Umsturz (siehe Aufstand)
 UN-Charta 31–35, 39f., 62, 64, 66f., 73,
 94, 96, 98, 101, 111, 124–126, 160–162
 – Kapitel VII der 34, 62, 97, 111, 162
 Unabhängigkeitserklärung 9, 20, 47f.,
 55f., 60–64, 69, 72, 78, 97, 141, 147, 159,
 163–166
 Unterstützung, finanzielle (siehe Finanz-
 hilfe)
 Untersuchungskommission für den
 Georgienkonflikt 58
 uti possidetis-Prinzip 34, 75, 91, 147

 Vanuatu 58
 Venda 15, 55

 Venezuela 58, 175
 Verbot, gesetzliches 152f.
 Vereinigte Arabische Republik 26f.
 Vereinigte Staaten 30, 48–50, 52, 68,
 100, 106, 110, 113, 139, 166
 Vereinte Nationen, Aufnahme in die 59,
 64f., 81f., 90
 Verfahrensverstöße 91f., 138–140
 Verfahrensvorschriften 91f., 137–140
 Verpflichtung erga omnes 70, 74, 115,
 120
 Vertrag, völkerrechtlicher 2f., 14f., 34,
 39, 48, 52, 57, 62, 69, 72–74, 93, 95, 104,
 106, 112, 127, 141f., 155
 Verträge von Évian 38
 Verwaltungsvorparagraf 139
 Vietnam 96, 161
 volenti non fit iniuria 118
 Volk im ethnischen Sinne 86f., 159f.
 – indigenes 15, 54f., 89
 Völkerbund 29, 52, 68, 143
 Völkermord (siehe Genozid)
 Völkerrecht, humanitäres (siehe auch ius
 in bello, Kriegsvölkerrecht) 67, 95,
 105
 Völkerrecht, zwingendes (siehe ius cogens)

 Waffenstillstand 96
 Wiener Übereinkommen über die
 Staatennachfolge in Staatsvermö-
 gen 23
 Wiener Übereinkommen über die
 Staatennachfolge in Verträge 6, 22f.
 Wiener Übereinkommen über das Recht
 der Verträge 69, 72f., 141f.
 Wirtschaftssanktionen (siehe Maßnahmen,
 wirtschaftliche)

 Zentralamerika, Bundesrepublik
 von 21f.
 Zession 7f., 83, 148f.
 Zivilrecht 4, 104, 150–155
 Zurechnung 79–81, 162f., 174
 Zuwendungen, finanzielle (siehe
 Finanzhilfe)
 Zwang 15, 17, 29, 106f., 110f., 121–124,
 131, 141
 Zypern 27, 56f., 125